

Frankenstärke – Ohnmacht der Politik

Die Politik macht in der gegenwärtigen Aufregung um den starken Schweizerfranken keine gute Figur. Statt hastig immer wieder neue Rezepte zu formulieren, sollte man sich um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft kümmern. Zu prüfen wäre allenfalls die Einführung eines temporären Exportwechselkurses. Von Hans-Peter Portmann

Noch schreiben die Schweizer Unternehmungen Gewinne. Noch verharrt die Arbeitslosenquote bei 2,8 Prozent, und noch sind keine Anzeichen für eine Rezession erkennbar. Trotzdem ist unser Land in eine Untergangsstimmung verfallen, und der von Politik sowie gewissen Medien verbreitete Zukunftspessimismus hat sich auf die Stimmung der Leute auf der Strasse übertragen.

Aber in was für einer Krise stecken wir den eigentlich? Dass wir in unserem Lande keine Schuldenkrise haben, hat trotz Banken- und Kapitalismusbashing linker Aktivistenkreise Herr und Frau Schweizer unterdessen begriffen. Ob der unbestritten für Tourismus und Exportwirtschaft schädlich überbewertete Schweizerfranken tatsächlich der Auslöser für eine echte Krise sein wird, oder ob nicht eher unbedachte Reaktionen gewisser Politiker auf die aktuelle Entwicklung zu einer Krise führen könnte, werden einmal die Geschichtsbücher beschreiben.

Vermischung der Begriffe

Tatsache ist, dass plötzlich hüben und drüben die wildesten Lösungsvorschläge zur Bekämpfung der Frankenstärke kommen und dabei aus früheren Zeiten erworbene Erkenntnisse von ökonomischen Gesetzmässigkeiten über Bord geworfen werden. In diesem lautstarken Blechmusik-Konzert scheint der wirtschaftlich kompetente Freisinn mit seinen zurecht immer wieder vorgebrachten Forderungen nach der Einhaltung von liberalen Grundsätzen und der Rückbesinnung auf die wahren Aufgaben der Politik fast auf verlorenem Posten zu stehen. Geradezu sträflich ist es, wenn die Politik unbedacht mit zustimmenden oder ablehnenden Voten zu möglichen geldpolitischen Massnahmen Einfluss auf die Schweizerische Nationalbank nimmt. Das zeigt sich schon darin, dass die meisten Politiker gar nicht wissen, wovon sie wirklich sprechen. Da werden Ausdrücke wie «Geldmengenausweitung», «Notenpresse», «Liquiditätsschwemme», «Negativzinsen», «Franken-Abwertung», «Euro-Anbindung», «Franken-Fixkurs» oder «Währungskursziel» kreuz und quer miteinander vermischt.

Ein Blick zurück

Ob dieselben Wortführer auch bereit wären, die Konsequenzen daraus zu vertreten, kann jedoch angezweifelt werden. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass vielen die daraus entstehenden ökonomischen Risiken gar nicht bekannt sind. Haben wir vergessen, was eine Inflationsrate von

gegen 12 Prozent wie in den siebziger Jahren oder eine Arbeitslosenquote von über 5 Prozent wie in den neunziger Jahren für unser Land bedeuten? Sind sich jene, welche jetzt eine Anbindung des Schweizerfrankens an den Euro fordern, des Risikos bewusst, dass wir in eine Situation geraten könnten, wo eine spätere Abkoppelung volkswirtschaftlich nicht mehr verkraftbar sein könnte und wir dann gezwungener Massen den Euro als Währung übernehmen müssten? Die internationalen Märkte schauen sehr genau, wie sich in der Schweiz Nationalbank und Politik äussern. Mit einer überzeugenden Willenskraft und kompetenten Äusserungen zur Geldpolitik ist schon die halbe Schlacht gewonnen.

Staatskasse nicht über Gebühr belasten

Wo aber die Politik auf jeden Fall ihre Aufgabe wahrnehmen muss, ist bei der Verbesserung von Rahmenbedingungen, damit einerseits Importeure und Konsumenten von den schwachen Fremdwährungen profitieren können, und andererseits Exporteure wie auch die Tourismusbranche nicht am starken Schweizerfranken zugrunde gehen. Auch hier gibt es die bewährten Rezepte, welche mit den liberalen Grundsätzen im Einklang stehen.

Sollte die Frankenstärke aber noch lange anhalten und die Existenz eines ganzen Wirtschaftssektors bedrohen, so müsste man zum Beispiel die Einführung eines temporären Exportwechselkurses prüfen. Dabei könnte der Bundesrat unter Vorgabe festgelegter Bedingungen und Missbrauchs-Vorkehrungen den Exporteuren für die durch im Ausland verkauften Schweizerwaren erhaltenen Fremdwährungen einen festen Wechselkurs zusichern, womit die Wettbewerbsfähigkeit für Schweizer Unternehmungen erhalten bliebe. Dies würde die Geldpolitik der Nationalbank nicht tangieren und hätte auch die Risiken einer allgemeinen Anbindung oder Fixierung des Frankens nicht. Eine solche vorübergehende Massnahme müsste man im Einverständnis mit der Nationalbank über unsere Währungsreserven abwickeln, was mit Bestimmtheit nur einen Bruchteil der bei einer allgemeinen Kursfixierung sonst benötigten Interventionsvolumen ausmachen würde. Auch wenn eine solche Massnahme verbunden mit anderen staatlichen Marktgriffen aus liberaler Sicht ordnungspolitisch nicht zu begrüssen ist, so wäre jedoch die Belastung für die Staatskasse viel geringer als Direktsubventionen oder die Folgen einer Rezession.

Positive Wirkungen

Vertiefter diskutieren müsste man ebenfalls die positiven Auswirkungen des starken Schweizerfrankens auf unsere Volkswirtschaft. Vielleicht gäbe es ja Strategien, wo man aus der Not eine Tugend machen könnte, um die negativen Auswirkungen direkt mit den Vorteilen der billigeren Import- beziehungsweise Herstellungskosten abzufedern. Aber auch hier stellt sich die Frage: ist unsere Politik fähig, in Krisenzeiten Mehrheiten für marktverträgliche Lösungen zu finden und nicht staatliche Interventionen anzustreben, oder bleibt es bei den derzeit zelebrierten Wortgefechten, wo schon fast im Wochentakt die Meinungen geändert werden?

.....
Hans-Peter Portmann ist Mitglied des Präsidiums des Zürcher Bankenverbandes und FDP-Kantonsrat.